

Mehr Turnhallen für richtigen Streit

Sehr gut besuchte Römerberggespräche vermessen Raum und Räume für eine streitbare Zukunft der Demokratie

Diskussionen wie diese sind dringend nötig – und wie man sieht, auch sehr gefragt“, sagte Robert Habeck, Bundesvorsitzender der Grünen, der sich gerade seinen Weg in den Chagallsaal des Frankfurter Schauspielhauses gebahnt hatte. „Draußen stehen noch zwei- bis dreimal so viel Menschen“, so Habeck mit Hinweis auf das weitläufige Foyer, in das auch die Podiumsdiskussion mit dem Spitzenpolitiker per Lautsprecher übertragen wurde. Die Römerberggespräche waren so gut besucht wie schon seit Jahren nicht. Das Thema lautete „Die neue Lust an der Zerstörung – oder wie die Demokratie ihre Fassung bewahrt“. Zusammen mit der Gesprächsrunde standen fünf Vorträge auf dem Programm. Kooperationspartner war der Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ an der Goethe-Universität.

»Demokratie braucht Streit«

Die Moderation hatte Alf Mentzer. Das öffentliche Klima werde derzeit nicht nur rauer, so der Redakteur des Hessischen Rundfunks, in Gesellschaft und Politik scheine sich geradezu eine neue Lust an der Zerstörung breit-zumachen. Die Möglichkeiten eines konstruktiven Streitens seien deshalb das Leitthema dieser 46. Römerberggespräche. Deren Eröffnungsvortrag hielt Nicole Deitelhoff, Politikprofessorin an der Goethe-Universität, Mitglied des Exzellenzclusters und Direktorin des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. „Demokratie braucht Streit!“, so die These ihres Vortrags mit dem Untertitel „Zur integrativen Kraft

fördern, müssten die gesellschaftlichen Gruppen in einem stärkeren Austausch als bisher stehen – auch räumlich: in Schulen mit Kindern verschiedener Milieus oder in gemischten Wohnquartieren, ermöglicht durch öffentliche Förderung.

Partizipatorisches Potenzial des Internet

Thorsten Thiel, der nächste Redner, war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Cluster, ist heute dessen assoziiertes Mitglied und Leiter der Forschungsgruppe „Digitalisierung und Demokratie“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft in Berlin. Unter dem Titel „Unruheherd digitale Öffentlichkeit“ warf er einen Blick auf die virtuellen Räume, von denen einer weitverbreiteten Ansicht nach eine existenzielle Gefahr für die Demokratie ausgehe. Doch die Ausdrucksmöglichkeiten dort, etwa durch Filter, technisch begrenzen zu wollen, sei zu weit. Eine „Illusion der technologischen Operationalisierbarkeit demokratischen Austauschs“. In der neuen digitalen „Many-to-Many-Kommunikation“ liege prinzipiell ein großes partizipatorisches Potenzial. Es gelte, die pro-demokratischen Kräfte im Netz zu stärken. Die Auswüchse in den sozialen Medien seien nicht zuletzt eine Reaktion auf real existierende Krisen, etwa die Ungleichheiten in und zwischen den Gesellschaften.

„Gefühle fungieren auch als Transformation. Man reagiert wütend, weil man sich gedemütigt fühlt“, betonte die Historikerin Ute Frevert in ihrem Vortrag „Die neue Lust an Gefühlen“. Die Umwandlung könne so weit gehen, dass sich Menschen als Opfer der



Nicole Deitelhoff im Gespräch mit Alf Mentzer.

für jegliche Kommunikation disqualifiziert haben? Listig sein unter weitgehendem Verzicht auf „moralisches Oberwasser“, riet Christoph Möllers, Professor für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin, in seinem Vortrag über „Strategische oder prinzipiengeleitete Kommunikation: Das Grundgesetz und die Grenzen der Verhandbarkeit“. Die politische Argumentation verlange eine „anspruchsvolle Doppelbewegung“. Man solle, und müsse, zwar werbeorientiert argumentieren, aber nicht rechthaberisch. Denn das könne als „Moralisieren“ aufgefasst werden und allein deshalb zu einer Zurückweisung führen. Eine Art Absetzbewegung von dem Kontakt mit Andersdenkenden sah Möllers darin, die Grünen zu wählen. Denn diese Partei habe die geringsten Schnittmengen mit der AfD und deren Klientel.

Räume für Demokratie

„Das ist ja nun nichts, wofür ich mich schämen müsste, dass wir Grünen so weit weg von der AfD sind“, bemerkte dessen Bundesvorsitzender Robert Habeck dann in der Podiumsdiskussion „Eine Frage der Form. Von der Kunst der demokratischen Geselligkeit“. Diese Geselligkeit, so

Habeck, könne man einüben. Es sei „kein Voodoo, dass man dafür öffentliche Räume schafft“. In Dänemark zum Beispiel hätten viele Turnhallen auch am Wochenende geöffnet, häufig seien Cafés und Bibliotheken angegliedert.

Auch Till van Rahden, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität de Montréal, beklagte eine „Erosion von Räumen, die es ermöglichen, dass Demokratie eingeübt wird“ und forderte einen „Marshallplan“ zum Wiederaufbau dieser Orte. Die aktuellen Römerberggespräche, so van Rahden, hätte man besser in einem größeren Raum eines weniger gut situierten Stadtteils veranstalten sollen, um

eine höhere Diversität des Publikums zu erreichen.

„Wir kümmern uns zu wenig um die, die die AfD aus ihren Sorgen heraus wählen“, sagte Anatol Stefanowitsch, Professor für Sprachwissenschaft an der FU Berlin, in der Podiumsdiskussion. Den Begriff „Heimat“ solle man in der politischen Kommunikation allerdings nicht verwenden. Er teile die Bevölkerung eines Landes auf in die, die dazugehören, und die, die im besten Falle Gäste sind.

Frage der Migration nur transnational zu beantworten

Der politische Philosoph und Co-Sprecher des Clusters Rainer Forst weitete in seinem abschließenden Vortrag „Zwei schlechte Hälften ergeben kein Ganzes. Zur Krise der Demokratie“ den Horizont und schaute über den Tellerrand der Nationalstaaten hinaus. Die eine Hälfte der Demokratie, wie sie sich in westlichen Staaten darstelle, pervertiere die Demokratie, indem sie diese zu einem Herrschaftsinstrument für Gruppen mache, die sich zum wahren Volk erklärten und Bürger- und Menschenrechte negierten. „Die andere Hälfte gleicht Don Quijote, indem sie eine nationale Lösung für eine globale Aufgabe vorschlägt, nämlich die politische Neuordnung der globalen Ökonomie“, so Forst. Die Demokratie, als „Praxis der Gerechtigkeit“, sei aber nur auf transnationaler Ebene wiederherstellbar. Ebenso, und damit verbunden, könne auch die fundamentale Frage der Migration nur durch transnationale Politik beantwortet werden.

Die Frankfurter Römerberggespräche bestehen seit 1973 in ununterbrochener Folge und sind eine feste Institution der Debatte- und Diskurskultur in Deutschland. Vorsitzender des Trägervereins Römerberggespräche e.V. ist Miloš Vec, Professor für Rechts- und Verfassungsgeschichte an der Universität Wien und seit 2013 assoziiertes Mitglied des Clusters.

Bernd Frye



(v. l. n. r.): Till van Rahden, Robert Habeck, Anatol Stefanowitsch und Alf Mentzer. Fotos: Exzellenzcluster Normative Orders

gesellschaftlicher Konflikte“. Abgesehen von einem beklagenswerten Verfall der Debatte- und Diskurskultur stehe Streit nicht im Widerspruch zu einer demokratischen Vorstellung gesellschaftlichen Zusammenhalts, sondern sei vielmehr für sie konstitutiv.

Die Politikwissenschaftlerin plädierte dafür, die Auseinandersetzung auch mit denen aufzunehmen, „die im Kampfmodus operieren“. Dabei gehe es, ähnlich wie im Streit mit den Verfechtern „alternativer Fakten“, weniger darum, diese doch noch zu überzeugen, sondern eine demokratische Öffentlichkeit herzustellen und den Unentschlossenen gute Argumente an die Hand zu geben. Um eine produktive Streitkultur für die Zukunft zu

Verhältnisse darstellten, mit dem daraus für sie resultierenden Recht zurückzuschlagen, so die Direktorin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Emotionen in der Politik seien nichts Neues, und Angst beispielsweise könne als Motivation dienen, das Gespräch zu suchen und sich zu engagieren, etwa für den Frieden oder gegen Atomkraft. Die aktuellen Emotionen am ganz rechten Rand seien aber von anderer Art. Bei ihnen bleibe die Kommunikation „geschlossen“. Derart getriebene Menschen sähen überall Gegner und sich selbst als Angehörige eines „wahren Volkes“.

Was also tun – zumindest im Kontakt mit denjenigen, die sich noch nicht vollkommen